

Artikel im Magazin PROGRESS, erschienen im November 2006, Autor:  
[leonhard.dobusch@reflex.at](mailto:leonhard.dobusch@reflex.at)

## Soll essen, wer nicht arbeitet?

### Wer für eine Grundsicherung kämpft, ist noch lange nicht für ein Grundeinkommen.

„Was würden Sie arbeiten, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre?“ lautet die Frage, mit der die Schweizer „Initiative Grundeinkommen“ Besucher/innen ihres Online-Auftritts zum Nachdenken anregen will. Sie befindet sich mit ihrer Frage und Forderung in Gesellschaft zahlreicher Gleichgesinnter: Neben den GlobalisierungskritikerInnen von Attac sind das zahlreiche linke (z.B. Vize-Chefin der deutschen Linkspartei Kipping) wie rechte (z.B. Thüringens CDU-Ministerpräsident Althaus) Politiker/innen und viele religiös motivierte Vereinigungen. Aber spätestens seit SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer in seiner Forderung nach einer Grundsicherung von den Grünen unterstützt und von der ÖVP heftig attackiert wird, ist die Debatte rund um (arbeitslose) Mindesteinkommen auch in Österreich heftig entbrannt.

Die Fronten sind allerdings keineswegs klar. Während christlich-konservative ÖVP-Politiker/innen wie Martin Bartenstein schon in einer Grundsicherung eine „Einladung zum Sozialtourismus“ sehen, befürworten christliche Verbände wie die katholische Sozialakademie oder die katholische Diakonie die Grundsicherung als ersten Schritt in Richtung eines weit über die Grundsicherung hinausgehenden, bedingungslosen Grundeinkommens. Umso kurioser, dass sich gerade prominente SozialdemokratInnen in ihrer Ablehnung des Grundeinkommens der Bibel als Argumentationshilfe bedienen. Der deutsche SPD-Vizekanzler Franz Müntefering ging sogar soweit, Apostel Paulus' Bibelvers „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ als „einen ganz alten Spruch in der Sozialdemokratie“ zu vereinnahmen.

### Grundsicherung Hartz VI

Die Unterschiede zwischen den vertretenen Konzepten sind auch durchaus erheblich. So betont auch die SPÖ auf Anfragen zu ihrem Grundsicherungskonzept zuallererst, dass *Grundsicherung* eben gerade nicht die „soziale Hängematte“ eines *Grundeinkommens* bedeute. Denn bei zweiterem wird allen BürgerInnen ein Rechtsanspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen zugestanden, völlig unabhängig von Arbeitswilligkeit und Bedürftigkeit. Herkömmliche Transferleistungen wie Kindergeld oder Studienbeihilfe würden überflüssig, das Grundeinkommen wäre ein Menschenrecht. Im Gegensatz dazu soll im Rahmen einer Grundsicherung „nur“ sichergestellt werden, dass – laut

behördlicher Prüfung – arbeitswillige und bedürftige Personen nicht unter eine Mindestverdienstgrenze fallen.

Die Forderung des SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer nach einer Grundsicherung in Höhe von mindestens 800 Euro pro Monat ist denn auch alles andere als (sozial-)revolutionär. Das Konzept sieht, wie die vielgescholtenen „Hartz VI“-Gesetze in Deutschland, die Zusammenlegung von Notstands-, Sozial- und Arbeitslosenhilfe sowie strenge Prüfung von Arbeitswilligkeit und allfällig verwertbarem Vermögen vor. Und im Bereich der Altersvorsorge gibt es in Österreich über die Ausgleichszulage bereits heute eine Grundsicherung: Alleinstehende PensionistInnen mit einer Pensionshöhe von weniger als 690 Euro im Monat erhalten den Differenzbetrag als „Ausgleichszulage“ erstattet.

### **Negativsteuer und Kombilöhne**

Konzepte wie „Kombilöhne“, negative Einkommenssteuer oder eben Grundsicherung versuchen dieses Prinzip der Zuzahlung bei geringem Verdienst auf den Arbeitsmarkt zu übertragen. Das heißt, wer zwar einer (Teilzeit-)Arbeit nachgeht, aber trotzdem weniger als einen Mindestbetrag verdient, bekommt den Rest vom Staat finanziert. Auch das ist wiederum kein neues Modell: In den USA ist die negative Einkommenssteuer mit der Bezeichnung „Earned Income Tax Credit“ seit ihrer Einführung in den 1970er Jahren zur inzwischen größten öffentlichen Transferleistung angeschwollen. Der ehemalige österreichische SPÖ-Finanzminister Ferdinand Lacina fordert eine derartige negative Einkommenssteuer für Geringverdiener/innen bereits seit Jahren, unter anderem auch als Mittel gegen Schwarzarbeit und zur Erhöhung des Steueranteils bei den Sozialversicherungen. Der Beitrag zur Sozialversicherung wird dann nämlich vom um die Negativsteuer erhöhten Einkommen abgeführt.

Während die SPÖ den weiterhin hohen Druck, einer Erwerbsarbeit nachgehen zu müssen, als eine Stärke ihres Grundsicherungsmodells preist, sehen die Verfechter/innen eines bedingungslosen Grundeinkommens gerade darin dessen größtes Schwachpunkt: Nicht, weil irgendeine Leistung erbracht, eine Partei gewählt oder sonst Wohlverhalten gezeigt wurde, sondern einzig und allein wegen des Menschseins stehe jeder und jedem ein existenzsicherndes Einkommen zu.

### **Die Arbeit hoch?**

Die Vision eines bedingungslosen Einkommens für alle Menschen einer Gesellschaft ist dabei noch relativ jung. Weder Platons „Politeia“ noch Morus' „Utopia“ oder die Marx'sche „klassenlose Gesellschaft“ sahen ein Recht auf ausreichenden Lebensunterhalt unabhängig von individueller Arbeitsleistung vor. Scheinbar führten erst Phänomene der kapitalistischen Moderne wie

Massenarbeitslosigkeit und Überproduktion zur Idee des Anspruchs auf ein Einkommen für jede und jeden - unabhängig von Erwerbsarbeit.

Die Skepsis gegenüber diesem Gedanken ist unter SozialdemokratInnen in der Regel größer als unter vielen christlich-sozialen Konservativen - trotz der zweifelsohne radikalen Umverteilungseffekte, die mit einem Grundeinkommen einhergehen. Neben pragmatischen Einwänden wie schwieriger Finanzierung scheinen verbleibende Probleme soziokultureller Exklusion und der traditionelle Fokus auf die Erwerbsarbeit eine hohe ideologische Hürde zu sein: Wer am 1. Mai im Chor „Die Arbeit hoch“ singt und dabei auf eine ruhmreiche Geschichte als „ArbeiterInnenbewegung“ zurückblickt, der fürchtet bei einem bedingungslosen Grundeinkommen wohl nicht zu Unrecht ein Sinken der gesellschaftlichen Bedeutung von Erwerbsarbeit. Und wie die aktuelle Debatte um eine „neue Unterschicht“ in Deutschland zeigt, reicht es eben gerade nicht aus, den Menschen nur Geld zu geben, um sie in die Gesellschaft zu integrieren.

Unter [www.waswuerdensietun.de](http://www.waswuerdensietun.de) wird jedenfalls bereits dazu aufgerufen, die Frage nach der Betätigung im Falle finanzieller Unabhängigkeit von eben dieser Erwerbsarbeit zu beantworten.

	<b>Grundsicherung</b>	<b>Grundeinkommen</b>
Prüfung der Bedürftigkeit (inkl. Arbeitswillen und Vermögen)	Ja	Nein
Verrechnung mit Erwerbseinkommen möglich	Ja	Ja
Individueller Rechtsanspruch	Ja, bei Bedürftigkeit	Ja (bedingungslos)
Sonstige Sozialleistungen (Stipendien, Familienbeihilfe etc.)	Bleiben bestehen	Werden von Grundeinkommen abgelöst

**Tabelle: Vergleich Grundsicherung vs. (bedingungsloses) Grundeinkommen**